

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis — XXIII

Literaturverzeichnis — XXVII

Einleitung — 1

A. Eröffnungsverfahren — 3

I. Eröffnungsantrag — 3

1. Zulässigkeit des Insolvenzantrages — 3
2. Rechtliches Interesse am Fremdantrag — 6
3. Glaubhaftmachung der Antragsvoraussetzungen — 8
4. Anforderungen an die Glaubhaftmachung
im Fremdantrag — 10
5. Antragsbefugnis absonderungsberechtigter Gläubiger — 11
6. Antragsbefugnis des Nachlasspflegers im
Nachlassinsolvenzverfahren — 14
7. Antragsrücknahme durch einen alleinvertretungsbefugten
Mitgeschäftsführer nach dessen Abberufung — 17
8. Rechtsschutzinteresse des nachrangigen Insolvenzgläubigers für
Eröffnungsantrag — 18
9. Rechtsmissbrauch des Fremdantrags des Wettbewerbers — 20
10. Insolvenzantrag des Finanzamts
kein Verwaltungsakt – Rechtsschutz — 21
11. Befriedigung der Forderung des fremdantragstellenden
Gläubigers — 22
12. Zulässiger Neuantrag nach Freigabe — 22
13. Begründetheit des Eröffnungsantrags — 24

II. Auskunftspflichten — 26

1. Auskunftspflicht des Schuldners gem. § 20 Abs. 1 InsO — 26
2. Ärztliche Schweigepflicht des Schuldners — 27
3. Auskunftspflicht des Schuldners gemäß § 20 Abs. 1 InsO — 28

III. Eröffnungsgründe — 29

1. Zahlungseinstellung bei Nichtzahlung von Löhnen und
Gehältern — 29
2. § 17 Abs. 2 InsO: Einverständnis des Gläubigers mit späterer
Befriedigung — 30
3. Beseitigung der Zahlungsunfähigkeit durch Stillhalteversprechen
der Bank — 33
4. Ernstlich eingeforderte Verbindlichkeiten — 35

5. Keine Beseitigung der Zahlungsunfähigkeit durch harte Patronatserklärung für das insolvente Tochterunternehmen — 39
- IV. Vorläufige Insolvenzverwaltung — 41
1. Befugnisse des vorläufigen Insolvenzverwalters und Rechtsmacht des Insolvenzgerichts — 41
 2. Befangenheit des vorläufigen Verwalters — 43
 3. Treuhandkonto des vorläufigen Verwalters — 44
 4. Rechte aus § 103 Abs. 1 InsO und Stellung des vorläufigen Verwalters — 45
 5. Abgabenrechtliche Qualifikation des vorläufigen Zustimmungsverwalters — 47
 6. „Garanzesagen“ des vorläufigen Zustimmungsverwalters wegen Lohn- und Gehaltsansprüchen der Arbeitnehmer des Schuldners bei Betriebsfortführung — 47
- V. Aus- und Absonderungsrechte im Eröffnungsverfahren — 48
1. Einziehung sicherungszedierter Forderungen — 48
 2. Vorausabtretung und Anordnung von Verfügungsbeschränkungen — 52
 3. Vorläufiger Verwalter und Sicherungszession — 54
 4. Rechte des Absonderungsberechtigten gegenüber dem vorläufigen Zustimmungsverwalter wegen Veräußerung von Sicherungsgut — 56
 5. § 91 Abs. 1 InsO und Anfechtung des Erwerbs von Pfandrechten — 58
 6. Rechte des Aussonderungsberechtigten nach § 169 InsO — 59
- VI. Die Entscheidung über den Insolvenzantrag — 60
1. Rechtsmittel — 60
 2. Eröffnungsbeschluss als Herausgabebetitel gegen den Schuldner — 61
 3. Erledigung des Insolvenzantrages — 62
- B. Das eröffnete Insolvenzverfahren — 65**
- I. Allgemeine Eröffnungswirkungen — 65
1. § 240 ZPO und Verfahrensaufnahme — 65
 - 1.1. Kündigungsrechtsstreit — 65
 - 1.2. § 240 ZPO und Eigenverwaltung — 65
 - 1.3. Zwangsvollstreckungsverfahren — 66
 - 1.4. Insolvenzeröffnung nach Anhängigkeit und vor Rechtshängigkeit — 67
 - 1.5. Unterbrechung des Vollstreckbarkeitsverfahrens — 69

- 1.6. Kostenerstattungsanspruch des Gläubigers in einem vom Insolvenzverwalter aufgenommenen Prozess — 70
- 1.7. Insolvenzrechtliche Qualifikation des Kostenfestsetzungsbeschlusses — 71
2. Vollstreckungsverbote — 72
 - 2.1. Ausschluss der Individualvollstreckung nach Verfahrenseröffnung — 72
 - 2.2. Freigegebene Gegenstände — 74
 - 2.3. Reichweite des § 89 InsO — 75
3. Rückschlagsperre — 76
 - 3.1. Rückschlagsperre und Zwangssicherungshypothek — 76
 - 3.2. Rückschlagsperre und maßgeblicher Insolvenzantrag — 78
4. Pflicht des Schuldners zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung — 79
5. Sperrvermerk bei Miterbenanteil des Schuldners an Immobilie — 80
6. Im Eröffnungsverfahren erteilte Vollmacht zur Vertretung des Schuldners erlischt nicht — 81
7. Leistung an den Schuldner nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens — 81
- II. Insolvenzmasse — 83
 1. Zuständigkeit für die Feststellung der Zugehörigkeit von Vermögensgegenständen zur Insolvenzmasse — 83
 2. Gestaltungsrechte — 83
 3. Keine Massezugehörigkeit des im Eröffnungsverfahren auf Anderkonten des vorläufigen Verwalters eingegangenen Geldern — 84
 4. Massezugehörigkeit einer Berufsunfähigkeitsrente des Insolvenzschuldners — 85
 5. Geltendmachung von fiktiven Arbeitsentgeltansprüchen gem. § 850 h ZPO durch den Insolvenzverwalter — 87
 6. Reichweite des § 91 Abs. 1 ZPO: Vorausverfügungen des Schuldners über Ansprüche gegen eine ärztliche Verrechnungsstelle — 88
 7. Reichweite der Beschlagnahme des Umsatzsteuererstattungsanspruchs bei Fortsetzung der freiberuflichen Tätigkeit des Schuldners — 89
 8. Umsatzsteuervergütungsansprüche — 92
 9. Pflichtteilsanspruch — 92
 10. Mitgliedschaft des Schuldners in Wohnungsgenossenschaft — 93

- 11. Freigabe — 94
 - 11.1. Freigabe des schuldnerischen Kfz und Kraftfahrzeugsteuer — 94
 - 11.2. Deckungsanspruch aus Haftpflichtversicherung des Insolvenzschuldners — 96
 - 11.3. Freigabe selbständige Tätigkeit – Haftung für Löhne und Gehälter — 97
 - 11.4. Freigabe selbständige Tätigkeit – Sozialversicherungsbeiträge — 99
 - 11.5. Freigabe selbständige Tätigkeit – keine Haftung der Masse für Umsatzsteuer — 100
 - 11.6. Freigabe und § 811 ZPO — 101
- III. Ergreifung des Besitzes der Masse durch den Insolvenzverwalter — 103
 - 1. Schutz gegen die Besitzergreifung durch den Insolvenzverwalter — 103
 - 2. Vollstreckungsschutz des Schuldners im Zwangsversteigerungsverfahren — 104
- IV. Verbot des Rechtserwerbs an Gegenständen der Insolvenzmasse — 105
 - 1. Erteilung von Genehmigungen — 105
 - 2. Genossenschaftsfall — 106
 - 3. Versicherungssumme von Lebensversicherungsverträgen — 107
 - 4. Sonderkonten des Insolvenzverwalters — 108
 - 5. § 91 Abs. 1 InsO — 110
- V. Gegenseitige Verträge, §§ 130 ff. InsO — 111
 - 1. Kautionsversicherungsverträge — 111
 - 1.1. Prämienforderung des Kautionsversicherers — 111
 - 1.2. Kautionsversicherungsverträge — 112
 - 1.3. Rückforderung von Prämienzahlungen an Kautionsversicherer — 113
 - 2. § 103 Abs. 1 InsO und vorläufiger Insolvenzverwalter — 114
 - 3. Schutz des Mieters nur bei Überlassung der Mietsache — 115
 - 4. Lastschrift – Keine Geltung der AGB-Genehmigungsfiktion — 117
 - 5. Löschung der Auflassungsvormerkung nach vorinsolvenzlichem Vertragsrücktritt — 119
 - 6. Kündigung Mitgliedschaft in Wohnungsgenossenschaft — 121
 - 7. Ansprüche eines Geschäftsführers aus vertraglichem Wettbewerbsverbot — 122
 - 8. Rückabwicklung eines nichtigen Darlehensvertrages — 123

9. Betriebskostennachforderungen — 124
10. Insolvenz als auflösende Bedingung einer Dienstbarkeit — 126
- VI. Recht der Aufrechnung im Insolvenzverfahren — 128
 1. Aufrechnung und Verrechnung bei Auseinandersetzungen einer ARGE — 128
 2. Konzernverrechnungsklauseln — 131
 3. Verhältnis von § 95 Abs. 1 InsO zu § 110 Abs. 3 InsO — 133
 4. Verrechnung durch Sozialversicherungsträger — 134
 5. Anfechtung des die Aufrechnung begründenden Tatbestandes in der Frist des § 146 InsO — 135
 6. Unwirksamkeit der Verrechnung und Anfechtungsfrist des § 146 InsO — 136
 7. Maßgeblicher Zeitpunkt für den Erwerb der Aufrechnungsposition — 139
 8. Aufrechnungserklärung als Schlusszahlung gem. § 16 Nr. 3 Abs. 2 VOB/B — 141

C. Insolvenzverwalter — 143

- I. Aufsicht über den Insolvenzverwalter — 143
 1. Der „ungetreue“ Insolvenzverwalter — 143
 2. Kosten externer Schlussrechnungsprüfung — 144
 3. Einholung von Sachverständigengutachten zur Schlussrechnungsprüfung — 145
 4. Aktienrechtliche und allgemeine Auskunftspflichten des Insolvenzverwalters — 147
- II. Auswahl des Insolvenzverwalters — 148
 1. Zum Auswahlmessen des Insolvenzgerichtes — 149
 2. Verfahren beim Streit um Aufnahme auf Vorauswahlliste — 150
 3. Berufserfahrung — 151
 4. Ortsnähe — 152
- III. Sonderverwalter — 152
 1. Beschwerde gegen Bestellung eines Sonderverwalters — 153
 2. Keine Beschwerde gegen Nichtbestellung eines Sonderverwalters — 154
 3. Verfassungskonformität der Bestellung eines Sonderverwalters — 156
 4. Anhörungstermin zur Vorbereitung der Prüfung von Schadenersatzansprüchen durch den Sonderinsolvenzverwalter — 156

- 5. Eidesstattliche Versicherung des Insolvenzverwalters im Anhörungstermin zur Vorbereitung der Prüfung von Schadenersatzansprüchen durch den Sonderinsolvenzverwalter — 157
- IV. Haftung des Insolvenzverwalters — 157
 - 1. Verletzung insolvenzspezifischer Pflichten — 157
 - 2. Pflichten gem. § 61 InsO — 159
- V. Rechtsstellung des Insolvenzverwalters — 159
 - 1. Befugnis des Treuhänders, Rechtsbehelfe gegen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen den Schuldner einzulegen — 159
 - 2. Befugnisse des Insolvenzverwalters nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens — 160
 - 3. Auskunftsansprüche — 161
 - 4. Zusammenveranlagung des Insolvenzschuldners mit Ehegatten — 162
 - 5. Gesellschaftsrechtliche Pflichten des Insolvenzverwalters — 164
- VI. Vergütungsfragen — 165
 - 1. Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters — 165
 - 1.1. Überwachende Aufgaben des vorläufigen Insolvenzverwalters — 165
 - 1.2. Keine Vergütungsfestsetzung, wenn das Verfahren nicht eröffnet worden ist — 166
 - 1.3. Vergütungsprozess des vormaligen vorläufigen Verwalters gegen den Schuldner — 168
 - 1.4. Höhe der Mindestvergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters — 169
 - 2. Berechnungsgrundlage — 170
 - 2.1. Vergütungsrelevante Masse — 170
 - 2.2. Auslegung des § 1 Abs. 2 Nr. 3 InsVV (Aufrechenbarkeit) — 170
 - 3. Einzelne Tatbestände der Vergütungserhöhung oder -absenkung — 171
 - 3.1. Unternehmensfortführung — 171
 - 3.2. Vergütungsabschlag bei besonders langer Verfahrensdauer — 172
 - 3.3. Mehrere Behörden einer Gebietskörperschaft — 173
 - 3.4. Keine Auslegungsbedürftigkeit des § 2 Abs. 2 InsVV — 174
 - 3.5. Kein Vergütungsabschlag wegen Bestellung als Sachverständiger im Eröffnungsverfahren — 175

- 3.6. Vergütungsrechtliche Folgen der Einschaltung fachkundiger
Sozietätspartner des Verwalters — 175
- 4. Rechtsmittel — 176
 - 4.1. Rechtsmittelbefugnis des Insolvenzgläubigers einer nicht
festgestellten Forderung gegen
Vergütungsfestsetzung — 176
 - 4.2. Grenzen eines Nachschiebens von Erhöhungsgründen nach
Erstfestsetzung der Verwaltervergütung — 177
 - 4.3. Verjährung des Vergütungsanspruchs — 179

D. Gläubigerselbstverwaltung — 183

- I. Gläubigerversammlung — 183
 - 1. Einberufung der Gläubigerversammlung — 183
 - 2. Ordnungsgemäße Bekanntgabe der Tagungsordnung — 184
 - 3. Gläubigerversammlung — 184
 - 4. Gemeinsames Interesse der Gläubiger gem. § 78 Abs. 1 InsO — 185
 - 5. Amtsermittlungsgrundsatz und Maßstäbe der
Stimmrechtsentscheidung — 185
 - 6. Keine Rechtsmittel gegen die Stimmrechtsentscheidung? — 187
- II. Gläubigerausschuss — 187
 - 1. Ort und Weise der Kassenprüfung durch Mitglieder des
Gläubigerausschusses — 187
 - 2. Schadenersatzpflicht der Mitglieder des Gläubigerausschusses
wegen Aufsichtspflichtverletzungen — 188
 - 3. Zusammensetzung — 190
 - 4. Entlassung eines Mitglieds des Gläubigerausschusses — 191
 - 5. Verjährung der Haftung eines Mitglieds des
Gläubigerausschusses — 193
 - 6. Vergütung des Gläubigerausschusses in masselosen
IK-Verfahren — 195

E. Gläubiger — 197

- I. Massegläubiger — 197
 - 1. Kraftfahrzeugsteuer — 197
 - 1.1. Unpfändbares Kraftfahrzeug — 198
 - 1.2. Kraftfahrzeugsteuer als Masseverbindlichkeit trotz
Freigabe — 199
 - 1.3. Gemietete und auf den Schuldner zugelassene Kfz — 199
 - 1.4. Verkauf eines Kfz durch den Schuldner drei Jahre vor
Verfahrenseröffnung — 200

- 1.5. Änderung der Rechtsprechung des BFH — 200
2. Abgrenzung Alt- und Neumasseverbindlichkeiten nach § 209 InsO — 201
 - 2.1. Wohngeld nach WEG — 201
 - 2.2. § 546a BGB (Fall 1) — 202
 - 2.3. § 546a BGB (Fall 2) — 204
3. Ertragsteuer aus selbständiger Tätigkeit des Insolvenzschuldners — 205
4. Einkommenssteuer auf Lohneinkünfte des Schuldners — 206
5. Rechtsgrundlose Bereicherung der Masse: Reichweite des § 55 Abs. 1 Nr. 3 InsO — 206
- II. Masseunzulänglichkeit — 207
 1. PKH für den Prozess des Insolvenzverwalters nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit — 207
 2. Freigabe und Vollstreckungsverbot gem. § 89 Abs. 1 InsO — 209
 3. Tilgungsreihenfolge des § 209 InsO bei Verfahrenskostenstundung — 211
- III. Insolvenzgläubiger — 212
 1. Rückgriffsanspruch eines Dritten als Insolvenzforderung — 212
 2. Anspruch aus § 661 a BGB als nachrangige Insolvenzforderung — 213
 3. Stellung von Unterhaltsgläubigern — 214
 4. Nachrang von Darlehensforderungen — 215
 5. Qualifikation strafrechtlicher Wertersatzverfallansprüche gem. §§ 73 a, 74 c StGB — 218
- F. Aus- und Absonderungsrechte — 221**
 - I. Aussonderungsrechte — 221
 1. Kautions des Mieters — 221
 2. Ersatzaussonderung — 222
 3. Aussonderung — 224
 4. Qualifikation von Einzahlungs- und Brokerkonto einer Kapitalanlagegesellschaft als Treuhandkonten — 224
 5. Phoenix — 225
 - II. Absonderungsrechte — 227
 1. Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters — 227
 - 1.1. Pauschalierte Kostenbeiträge — 227
 - 1.2. Keine Disposition über § 166 InsO — 227
 - 1.3. § 166 Abs. 2 InsO als Schutzgesetz — 227
 - 1.4. Mitteilung gem. § 168 Abs. 1 InsO — 230

- 1.5. Beschwerdewert bei
Verwertungsunterlassungsklage — 231
- 2. Hypotheken(Immobilien)haftungsverband — 231
 - 2.1. Haftung der Mieten — 231
 - 2.2. Haftung für Zinsen und Verfahrenskosten nach
Verfahrenseröffnung — 233
 - 2.3. Kosten — 234
- 3. Geltendmachung von Absonderungsrechten — 235
 - 3.1. Mitteilung nach § 28 Abs. 2 InsO — 235
 - 3.2. Substantiierungspflicht bei Teilklage auf Auskehr des
Verwertungserlöses — 236
 - 3.3. Teilnahme absonderungsberechtigter Gläubiger — 240
 - 3.4. Sachenrechtliche Fragen — 242
- 4. Abreden zwischen Grundpfandgläubiger und
Eigentümer/Schuldner — 244
 - 4.1. pactum de non executando — 244
 - 4.2. Verzinsung der gesicherten Forderung und § 367
BGB — 247
- 5. Absonderungsrecht und Insolvenzanfechtung — 249
 - 5.1. Anfechtung der Besicherung — 249
 - 5.2. Umsatzsteuer und Verwertung des Sicherungsgutes durch
den Sicherungsnehmer — 254
- 6. Verzicht des Grundpfandgläubigers auf abgesonderte Befriedigung
nach § 52 InsO — 257
- III. Sicherungszession — 258
 - 1. Reichweite der Zession von Ansprüchen aus
Kapitallebensversicherungen — 258
 - 2. Sicherungsabtretung der Rechte aus einem Lizenzvertrag — 260
 - 3. Wirksamkeit der Globalzession — 262
 - 3.1. Anfechtbarkeit des „Werthaltigmachens“ der abgetretenen
Forderungen — 262
 - 3.2. Kontrolle der AGB von Sicherungsnehmern — 264
 - 3.3. Vorausabtretung — 265
 - 4. Befreiende Wirkung einer Leistung des Drittschuldners an den
Sicherungszessionar? — 267
 - 5. Anwendbarkeit des § 41 InsO — 270
- G. Forderungsanmeldung und Feststellungsverfahren — 273
 - I. Forderungsanmeldung — 273
 - 1. Anmeldung einer Forderung auf erstes Anfordern — 273

2. Sammelanmeldungsfall — 274

II. Forderungsfeststellungsverfahren — 276

1. Feststellungsinteresse der Klage nach § 180 InsO — 276
2. Rechtsschutzbedürfnis — 278
3. Anmeldung und Feststellung der Forderung aus vorsätzlich begangenen Delikt — 279
4. Geltendmachung des Ausfalls — 280
5. Deliktsforderung – Verjährung der Feststellung — 281
6. Rechtsschutzinteresse an Feststellung der unerlaubten Handlung — 283
7. Isolierter Widerspruch gegen Bestreiten des Deliktsgrundes — 284
8. Berichtigungsinteresse eines Insolvenzgläubigers — 285

H. Verfahrensbeendigung — 287

I. Schlusstermin — 287

1. Insolvenzverfahren als Eilverfahren — 287
2. Präklusionswirkungen des Schlusstermins — 288

II. Verfahrensbeendigung — 290

1. Zeitpunkt der Aufhebung des Insolvenzverfahrens — 290
2. Grenzen der Rechtsmittel gegen den Einstellungsbeschluss gem. § 211 InsO — 291

III. Nachtragsverteilung — 292

1. Voraussetzungen — 292
2. Verfügungen des Schuldners über nicht verwertete Vermögensgegenstände vor Anordnung der Nachtragsverteilung — 294

I. Recht des Insolvenzplans — 295

I. Überprüfbarkeit des Plans — 295

1. Grundlage der insolvenzgerichtlichen Vorprüfung — 295
2. Beschränkte Nachprüfung in der Rechtsbeschwerdeinstanz — 295

II. Planinhalt — 298

1. Gruppenbildung im Plan — 298
2. Angaben über Bankrottstraftaten des Schuldners im darstellenden Teil des Plans — 300
3. Fehlen von Angaben von Versagungsgründen für die Restschuldbefreiung — 301
4. Regelungen des Insolvenzplans über die Abwicklung des Verfahrens (Phoenix) — 304

III. Planbestätigung — 304

1. Ablehnung des Plans durch einzelnen Gläubiger — 304
2. Stimmrecht — 307

IV. Rechtsmittel — 309

1. Materielle Beschwer von Aussonderungsberechtigten — 309
2. Kein Rechtsmittel des planinitiiierenden Insolvenzverwalters gegen die Versagung der Bestätigung — 310

V. Aufrechnungsbefugnis und rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan — 313

1. Keine Aufrechnungsbefugnis durch rechtskräftig bestätigten Insolvenzplan I — 313
2. Aufrechnungsbefugnis durch rechtskräftig bestätigten Insolvenzplan II — 314
3. Aufrechnung und Insolvenzplan — 315

VI. Vorzugsaktionäre als nachrangige Insolvenzgläubiger — 319**J. Verbraucherinsolvenzverfahren und Restschuldbefreiung — 321****I. Anwendungsbereich — 321**

1. Forderungen aus Arbeitsverhältnissen — 321
2. Wirtschaftlich selbständige Nebentätigkeit — 322
3. IN-Verfahren über das Vermögen des Mehrheitsgesellschafters einer GmbH — 323

II. Versagung der Restschuldbefreiung — 323

1. Verletzung der Auskunftspflicht des Schuldners — 323

K. Recht der Insolvenzanfechtung — 325**I. Zahlungsunfähigkeit im Anfechtungsrecht — 325**

1. Geltung der Vermutungsregel des § 17 Abs. 2 InsO — 325
2. Darlegungslast des Insolvenzverwalters im Anfechtungsprozess — 325
3. Retrograde Feststellung der Zahlungsunfähigkeit — 326

II. Rechtshandlung (§ 129 InsO) — 328

1. Zahlung der Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung — 328
2. Bierbrauen — 331

III. Objektive Gläubigerbenachteiligung — 331

1. Darlegungslast des Insolvenzverwalters — 332
2. Erbringung einer Leistung an einen Gläubiger unter geduldeter Kontoüberziehung — 333
3. Zeitpunkt der Vornahme einer Rechtshandlung — 335
4. Abtretung eines Zahlungsanspruchs — 338

5. Vormerkungsgesicherter Rückübertragungsanspruch des Schenkers — 340
6. Mitwirkung der Bank an der Beseitigung einer Kontenpfändung — 340
7. Bierbrauen und Gläubigerbenachteiligung — 342
8. Verfügung über Kontoguthaben nach Aussetzung der Pfändung — 344
9. Gläubigerbenachteiligung: Anfechtung der Leistung mit Mitteln aus zweckgebundenen Darlehen — 345
- IV. Kongruenzanfechtung — 347
 1. Wegfall der Kenntnis bei Sanierungsbemühungen des Schuldners — 347
 2. Tilgung einer Bürgschaft — 349
- V. Inkongruenzanfechtung — 350
 1. Anfechtung von Scheck- oder Wechselzahlungen — 350
 2. Anfechtung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen — 351
 - 2.1. Anfechtbare Vollstreckungsvorbereitungshandlung — 351
 - 2.2. Inkongruenzanfechtung und Zwangsvollstreckung — 352
 3. Anfechtbarer Rechtserwerb der Banken nach Nr. 15 AGB-Bk — 353
 4. Anfechtung der Rückführung eines Kontokorrentkredits — 355
 5. Inkongruente Deckung und Direktzahlung nach § 16 Nr. 6 VOB/B — 357
 6. Inkongruente Deckung und ungekündigter Kontokorrent — 358
 7. Verrechnungsvereinbarungen — 359
 8. Verrechnung im debitorischen Kontokorrent als inkongruente Befriedigung — 359
 9. Anfechtung der Zahlung einer Geldstrafe — 360
- VI. Bargeschäfte, § 142 InsO — 361
 1. Bei der Duldung von Verfügungen des Kunden durch die Bank — 361
 2. Kein Bargeschäft des Sanierungsberaters — 362
 3. Keine Anfechtung von „zeitnahen“ Einziehungen im Lastschriftverfahren — 364
 4. Keine Anfechtung der Einziehung von Leasingraten im Lastschriftverfahren — 365
- VII. Absichtsanfechtung — 366
 1. Benachteiligungsabsicht und Hingabe von Wechseln — 366
 2. Kenntnis vom Drohen der Zahlungsunfähigkeit — 368
 3. Kenntnis des Anfechtungsgegners im Tatbestand des § 133 Abs. 1 InsO — 371

4. Stillhalteabkommen der Bank mit dem Schuldner zur außergerichtlichen Sanierung — 372
 5. Wissenszurechnung bei der Absichtsanfechtung — 374
 6. Bereitstellungsanspruch bei der Gläubigeranfechtung — 376
 7. Gläubigerbenachteiligungsabsicht bei Unternehmensgründung — 377
 8. Kenntnis des Gläubigers bei Teilzahlungen — 379
 9. Scheckhingabe an Gerichtsvollzieher — 380
- VIII. Schenkungsanfechtung — 380
1. Voraussetzungen der Schenkungsanfechtung gem. § 134 InsO — 380
 2. Vernichtung der Rechtsbefugnisse des Zessionars durch den Insolvenzverwalter — 382
 3. Schneeballsysteme — 383
 4. Stehenlassen eines Darlehen — 384
 5. Reichweite der Schenkungsanfechtung I — 385
 6. Darlegungs- und Beweislast für Entreichung — 387
 7. Schenkungsanfechtung bei Auszahlung von Scheingewinnen in Schneeballsystemen — 388
 - 7.1. Fallgestaltung 1: Einlagen unterfallen nicht der Schenkungsanfechtung — 388
 - 7.2. Fallgestaltung 2: Einlage kein saldierungsfähiger Abzugsposten — 390
- IX. Besondere Fragestellungen im Anfechtungsrecht — 390
1. Drei-Personen-Verhältnis — 390
 - 1.1. Zwei Anfechtungskläger stehen einem Anfechtungsgegner gegenüber — 390
 - 1.2. Zwei Anfechtungsgegner stehen einem Anfechtungskläger gegenüber (I) — 393
 - 1.3. Zwei Anfechtungsgegner stehen einem Anfechtungskläger gegenüber (II) — 394
 - 1.4. Dreiecksbeziehung — 395
 2. Anfechtung einer Zahlung nach § 153 a StPO — 396
 3. Anfechtung in der Doppelinsolvenz von Gesellschaft und Gesellschafter — 398
 4. Anfechtung von Lohn- und Gehaltszahlungen — 401
 5. Anfechtbarkeit des Erwerbs eines Pfandrechts an Gewinnbezugsrecht eines Gesellschafters — 404
 6. Anfechtung der Verwertung von sicherungsübereigneten Sachen durch den Sicherungsgläubiger — 407

- 7. Anfechtung güterrechtlicher Verträge — 409
- 8. Anfechtbarkeit des Erwerbs der Aufrechnungslage — 411

X. Rechtsfolge der Anfechtung — 413

- 1. Verzinsung rückzugewährenden Geldes — 413
- 2. Rückgewähranspruch — 415

XI. Verfahrensfragen — 415

- 1. Bindungswirkung von Verwaltungsakten — 415
- 2. Keine Umstellung der Klage von Anfechtung auf Bereicherung — 417
- 3. Rechtsweg bei Anfechtung von Lohn- und Gehaltszahlungen — 417
- 4. Judikatur des BAG — 418

XII. Verjährung — 418

- 1. Verjährung der Hauptforderung bei Insolvenzanfechtung — 418
- 2. Frist des § 146 InsO bei Anfechtung eines Sicherungsgeschäfts — 418
- 3. Anfechtungsfrist, § 139 InsO — 420

L. Rechtsschutz und prozessuale Fragestellungen — 423

I. Prozesskostenhilfe — 423

- 1. Keine Aussicht auf Beseitigung der Massearmut — 423
- 2. Darlegungslast des Insolvenzverwalters — 423

II. Beschwerde — 424

- 1. Reichweite der Rechtsbeschwerde gem. § 7 InsO — 424
- 2. Abänderbarkeit insolvenzgerichtlicher Entscheidungen — 425

III. Prozessuale Fragestellungen — 428

- 1. Schiedsverfahren — 428

M. Materielles Insolvenzrecht — 431

I. Gesellschaftsrechtliche Ansprüche — 431

- 1. Haftung der Gesellschafter für die Kosten des über das Vermögen der oHG eröffneten Insolvenzverfahrens? — 431
- 2. § 92 Abs. 2 S. 1 AktG — 436
- 3. § 130a HGB — 437

II. Haftung wegen Firmennachfolge — 437

- 1. Ausschluss der Haftung nach § 25 HGB — 437
- 2. Haftung des Unternehmensübernehmers — 438

III. Sonstige insolvenzspezifische Haftungstatbestände — 439

- 1. Haftung des Steuerberaters — 439

2. Zahlungsunfähigkeit und § 266 a StGB — 441
3. Massekostenvorschuss — 443
4. Haftung eines KG-Geschäftsführers nach § 69 AO — 445

N. Internationales Insolvenzrecht — 447

- I. Eröffnungsverfahren — 447
 1. Vorläufige Insolvenzverwaltung nach § 21 Abs. 2 Nr. 2 InsO wird in Frankreich nicht als Hauptinsolvenzverfahren anerkannt — 447
 2. Rechtmäßigkeit des Eröffnungsbeschlusses — 447
 3. Eintragung des Sperrvermerks ins deutsche Grundbuch bei im anderen europäischen Mitgliedsstaat eröffneten Insolvenzverfahren — 448
- II. Anwendbares europäisches Recht bei Anfechtungsklagen — 449
 1. Anfechtungsgerichtsstand — 449
 2. Gerichtsstand für Anfechtungsprozesse mit gegen ausländische Anfechtungsgegner gem. § 19a ZPO — 450
 3. Gerichtsstand für Kapitalerhaltungsansprüche — 451
 4. Scheme of arrangement — 452
 5. Begründung der deutschen internationalen Zuständigkeit — 452
 6. Insolvenzanfechtung innerhalb eines grenzüberschreitenden Gesellschaftsverbundes — 454
- III. Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses (COMI) — 455
 1. Vorläufige Verwaltung und Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses — 455
 2. Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses — 457
 3. Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses gem. Art. 3 Abs. 1 EulnsVO — 459
 4. Forum shopping — 460
- IV. Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren — 461
 1. BENQ — 461
 2. Brochier — 463
 3. Sekundärinsolvenzverfahren — 464
- V. Sonstige Rechtsfragen grenzüberschreitender Insolvenzfälle — 465
 1. Grundpfandrechte in grenzüberschreitenden Insolvenzfällen — 465
 2. Verhandlung des englischen Insolvenzverwalters mit ausländischen Gläubigerkomitees — 467

3. „Schnelle Verschlussklappe“ – Anerkennung eines
chapter 11-Verfahrens in Deutschland (Autonomes deutsches
Internationales Insolvenzrecht) — 467
4. Eigentumsvorbehalt im europäischen Insolvenzrecht — 469

Sachregister — 473